

## **Pflicht zum Risiko?**

Diakonische Konferenz  
14. bis 16. Oktober 2003 in Speyer

Pfarrer Jürgen Gohde  
Präsident des Diakonischen Werkes  
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Korrespondenz

## ■ Impressum

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)  
Hausanschrift: Staffenbergstr. 76, 70184 Stuttgart

Verantwortlich für die Reihe:

Andreas Wagner

Abteilung Information und Kommunikation im Diakonischen Werk der EKD

Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart

Telefon (07 11) 21 59-4 54

Telefax (07 11) 21 59-5 66

E-Mail: [redaktion@diakonie.de](mailto:redaktion@diakonie.de)

Internet: [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Verantwortliche Redaktion:

Uwe Mletzko

Persönlicher Referent des Präsidenten

Telefon (0 30) 8 30 01-1 04

E-Mail: [mletzko@diakonie.de](mailto:mletzko@diakonie.de)

Layout:

Andrea Niebsch-Wesser

Bestellungen:

Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der EKD

Karlsruher Str. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Telefon (07 11) 9 02 16-50

Telefax (07 11) 7 97 75 02

E-Mail: [vertrieb@diakonie.de](mailto:vertrieb@diakonie.de)

Der Bezug von Diakonie Korrespondenz und Diakonie Dokumentation bis zu zehn Exemplaren ist kostenlos. Bei Bestellungen ab zehn Exemplaren stellen wir für jedes zusätzliche Exemplar einen Euro in Rechnung.

Die Texte, die wir in Diakonie Korrespondenz und Diakonie Dokumentation veröffentlichen, sind im Internet unter [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de) frei zugänglich. Sie können dort zu nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und vervielfältigt werden.

© Stuttgart, Oktober 2003

1. Auflage

Druck: Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),  
Karlsruher Straße 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen

**Bericht des Präsidenten  
vor der Diakonischen Konferenz  
vom 14. bis 16. Oktober 2003  
in Speyer**



## Pflicht zum Risiko?

---

„Nicht weil die Dinge schwierig sind, wagen wir sie nicht, sondern weil wir sie nicht wagen, sind sie schwierig.“ Diejenigen von Ihnen, die wie ich viel mit der Deutschen Bahn unterwegs sind, kennen diesen Spruch; er findet sich unter der Landkarte in jedem Zug. Und er drückt aus, was viele von uns empfinden.

Die meisten Menschen in unserem Land leiden daran, dass die Diskussion um die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme so fantasielos und ängstlich geführt wird. Dabei wissen alle: Es ist Zeit für neue Ideen.

Es ist nicht länger Zeit für Selbstbeschäftigung und Stillstand. Es kann nicht angehen, dass Vorschläge, bis sie Entscheidungsreife erlangt haben, bis zur Unkenntlichkeit zerredet werden zwischen Zaghaftheit, Ängstlichkeit und eigenen Interessen.

Das gilt in gleicher Weise für die Agenda 2010, die Rürup-Vorschläge, das Herzog-Papier, Vorschläge zur Steuerreform wie für unsere eigenen diakonischen Diskussionen um die Organisation unserer Zusammenarbeit und künftige Arbeitsprojekte.

Dabei ist den meisten Menschen bekannt, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht nachhaltig finanziert sind und deshalb angesichts der irreversiblen Risiken der Demografie und des Arbeitsmarkts nicht ausreichend in der Lage sein werden, Sicherheit zu geben. Sie sind nicht in der Lage, Armut auszuschließen oder ein Leben in Pflegebedürftigkeit würdevoll führen zu lassen, und sie können auch keine Integration in den Arbeitsmarkt garantieren. Nationalstaatliche Eingriffe sind angesichts der Globalisierung der Wirtschaft in ihrer Wirksamkeit beschränkt.

### Es gibt keine Garantien mehr

Es gibt überhaupt keine Garantien. Wir haben uns auf eine Mangelsituation im Reichtum einzustellen.

Kürzungen von so genannten freiwilligen Leistungen staatlicherseits stellen unabweisbar die Frage: Welche

Infrastruktur brauchen Menschen in Not und welchen Anteil können wir zu ihrem Beistand erbringen? Das Recht auf Teilhabe braucht, wenn es eingelöst werden soll, verlässliche Strukturen.

Begrenzungen von Budgets stellen beispielsweise in der Behindertenhilfe nicht nur die Frage nach der Garantie der Qualität der Arbeit, sondern zugleich nach Teilhabe, Förderung, Rehabilitation oder Integration bis ins Alter.

Es gibt keine Garantie für eine zukünftige Geltung des Prinzips des bedingten Vorrangs der Träger der freien Wohlfahrtspflege. In jeder Gesetzesnovelle – diesmal im Rahmen des SGB II (§ 17) – muss er neu erkämpft werden. Es ist nicht, wie immer fälschlich behauptet wird, Brüssel, das uns nötigen würde, das Gemeinnützigkeitsprivileg aufzugeben. Zerstört wird das Prinzip von selbst, indem die Partnerschaftsfähigkeit der Kommunen ausgehöhlt wird oder dadurch, dass wir selbst uns nicht vorrangkonform verhalten.

Es gibt keine Garantien mehr für Gewohnheitsrechte und bestimmte ausdifferenzierte Hilfeformen. Wer Autonomie will, muss erhebliche Anstrengungen zur Stärkung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements unternehmen.

Wir können uns entscheiden, zunehmend bedeutungslos und nutzlos zu werden oder aber den Umfrageergebnissen zu „Perspektive Deutschland 2002“ entsprechend das Vertrauen der Menschen in eine kirchliche Diakonie als Verpflichtung verstehen und aufnehmen.

Es gibt keine Garantien mehr. Risiko prägt unsere Situation.

### Risiko – Neues Wagen

Risiko – das Wort hat einen gefahrvollen, ja finsternen Klang. Bei denen, die ihm ausgesetzt sind, bringt es oft Angst mit, diejenigen, die es eingehen, setzen alles auf eine Karte. Im Wort Risiko schwingt Gefahr mit, etwas von Spiel, Leichtsinn, von ungutem Wagnis. Wer auf seinen Ursprung schaut, entdeckt freilich

## ■ Pflicht zum Risiko?

eine weitere Note: Das Wort stammt aus der Schifffahrt, erfunden wurde es von den Venezianern, also Leuten, die ihren Reichtum der Eroberung der Meere und dem Aufbau von guten Handelsbeziehungen über die damals bekannte Erde verdankten. Deshalb kann es keinen wundern, dass es schnell in die Kaufmannssprache eingewandert ist. Ein Risiko eingehen – das heißt also: ein Wagnis eingehen, ins Neue aufbrechen wie die stolzen Schiffe der Venezianer, die über das Meer fahren, um Geschäfte anzubahnen und erfolgreich abzuschließen.

Warum sollen wir aufbrechen? Wohin sollen wir ziehen? Hätten die Antworten auf diese Fragen vorher festgestanden, wäre Korfu nicht entdeckt worden oder die Portugiesen wären nicht dorthin gelangt, wo der Pfeffer wächst.

Niemand geht gerne Risiken ein, niemand bricht ins Neue auf ohne Furcht, immer muss die eigene Neigung überwunden werden, die eigene Ruhe und der eigene Frieden aufgegeben werden.

Es führt auch für uns kein Weg daran vorbei. Wir brauchen in diesem Land eine Haltung, die Risiken als Wagnis annimmt, Menschen, die den Karren des eigenen Lebens an einen Stern binden, wie es im Sprichwort heißt, die den Mut zu eigenen neuen Ideen und die Fähigkeit haben, Fehler zu machen und zu korrigieren, die bereit sind quer zu denken, Experimente zu wagen, ja die Unmögliches für möglich erachten und daran arbeiten.

Wir brauchen eine Agenda 2010 plus. Wir brauchen mehr diakonische Risikobereitschaft als Grundhaltung:

- Risikobereitschaft, die auf ungegangenen Wegen weitergeht, auch wenn noch nicht alle Konsequenzen klar sind,
- Risikobereitschaft, die auch Fragmentarisches als Chance sieht und sich erinnert, dass Aspirin als fehlerhaftes Abfallprodukt entstanden ist.
- Und wir brauchen viel diakonische Risikobereitschaft: Wie viele diakonische Hilfsformen, Initiativen und so weiter sind im höchsten Risiko entstanden: ohne festen Finanzierungsrahmen, ohne qualifiziertes Personal, ohne Rechtsanspruch.

Das Eintreten ins Risiko ist diakonisch möglich, weil Gott selbst seinen Ort im Risiko eingenommen hat und sich mit den Risikolagen der Menschen identifiziert:

Gott ist Auge und Ohr für Menschen in Unterdrückung, kennt ihr Elend und ihre Klage. „Ich kenne ihr Leid“ heißt es Exodus 3,7. Nah ist dieser Gott zu den Menschen, empfindsam für Freude und Leid, Angst und Mut. So tritt in den Risikolagen der Menschen der leidempfindliche Gott an die Seite des Obdachlosen, an die Seite des Menschen, der seine Erwerbsarbeit verloren hat und damit seine Anerkennung, seinen Sinn, er tritt an die Seite der überflüssigen Menschen. „Überflüssig wird heute leicht, wer nicht arbeitet, nicht kauft, nicht erlebt. Im Sog des Überflüssigwerdens sind die Alten, die Hilfsbedürftigen, die Sterbenden, die Behinderten, die Arbeitsplatzlosen, Kinder, die stören, Jugendliche, die keinen Platz im Leben finden, die Armen und Armgemachten“ (Passauer Pastoralplan – Gott und den Menschen nah). Dieser Gott ist das Urbild von Solidarität und Gerechtigkeit.

## Risiko als Pflicht?

Ich frage mich, ob es in der gegenwärtigen Situation nicht nur ein Wissen um die Risiken und eine Annahme und Auseinandersetzung mit den beschriebenen Risiken gibt oder ob wir nicht einen Schritt weitergehen müssen und eine Pflicht zum Risiko haben. Die Verpflichtung mit einem Risiko eigenverantwortlich umzugehen, wäre das eine. Was ich meine ist: Wir sind herausgefordert, das Risiko statt der Sicherheit als verpflichtende Lebenshaltung anzunehmen und sich ihm nicht zu entziehen. Ist eine solche Haltung nicht ein Widerspruch in sich? Oder anders gefragt: Was wäre nötig, um zu einer solchen Haltung zu kommen, um sich so verhalten zu können?

## Bedingungen der Risikobereitschaft

Die Neigung, ein Risiko einzugehen, wird gemeinhin nicht größer, wenn dazu aufgefordert wird, es anzunehmen. Wer im Spiel des Lebens zu den Verlierern gehört, scheut sich, alles zu setzen. Ohne die Kräfte des Vertrauens geht das nicht. Der „Engel des Risikos“ (Anselm Grün) hat die gleiche Botschaft wie der Weihnachtsengel: Fürchte dich nicht!

## ■ Pflicht zum Risiko?

Wer ein Risiko eingeht, verpflichtet sich der Notlage der Menschen, denen er begegnet. Wer ein Risiko eingeht, betritt zugleich einen Raum der Freiheit. Er muss sich der Grenzen bewusst sein, die die Freiheit und Würde des anderen setzen. Wer sich dem Risiko aussetzt, muss bereit sein, soziale Reformen nicht zu Lasten der Schwachen anzugehen. Risikobereitschaft definiert sich von dem Gott her, der sich dem Menschen verpflichtet und sich herbeirufen lässt.

„Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der HERR von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott.“ (Micha 6,8)

Es ist dir gesagt. Bekannt, selbstverständlich, notwendig. Menschen brauchen den Halt im Wort Gottes, Liebe braucht Lebensräume. Der Verzicht, mehr zu sein als ein Mensch, hilft leben. Ohne die Kenntnis der Lebenslagen des wirklichen Menschen geht das nicht. Wie tief die Unsicherheit reicht, die im Moment die meisten sozialpolitischen Akteure, die Leitungen der Einrichtungen, die Verantwortlichen in Landes- und Fachverbänden, einzelne Hilfe Suchende ausfüllt, weiß ich nicht. Wie groß der Mut ist, Neues zu beginnen und den Kopf nicht in den Sand zu stecken, vermag ich auch nicht abzuschätzen. Noch mehr Hoffnung wird nötig sein, die Ärger in produktive Energie verwandelt und weiß, dass die Diakonie eine Lebensform des Reiches Gottes ist.

Uns wird gesagt, alles hängt von der Arbeit ab, glücklich ist ein Mensch, der arbeiten kann und Pläne realisieren. Sind alle, die keine Arbeit haben oder nicht mehr arbeiten können, unglücklich oder noch schärfer: verdammt zum Unglück?

Uns wird gesagt, Arbeit hängt von den Märkten ab. Ob die Kräfte der Märkte genügen, ausreichende Chancen zu schaffen, weiß ich nicht. Es ist ein langer Weg zu gehen, der die ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen sorgfältig gewichtet und an Solidarität und Gerechtigkeit misst.

Alles hängt vom Menschen ab, daran, wie ich ihn sehe: ob ich in ihm Gottes Geschöpf sehe, verschiedenen, einzigartig, fähig zum Glück, fähig den Staat auszunutzen, fleißig und faul, bereit zur Menschlichkeit, leidensfähig im Unglück, reich und arm.

Unsere sozialstaatliche Diskussion krankt nicht nur daran, dass sie die ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend betrachtet hat, sie krankt auch daran, dass sie den Sinn-Horizont des menschlichen Lebens nicht erreicht. Ohne das Wissen vom Menschen, wie er geht und steht, ohne Respekt vor seinem Leben, läuft jede Reform ins Leere. Sie geht das Risiko ein, das überschießende, befähigende, auch das Herausfordernde des wirklichen Lebens nicht zu sehen:

- zum Beispiel das Elend des vierzehnjährigen schwangeren Mädchens, das nicht verhütet hat und nicht Ja sagen kann zu seinem Kind, weil ein kinderfreundliches Umfeld fehlt
- oder die Sorge des wirklichen Sozialhilfeempfängers – nicht Florida-Rolf – der von einer bevorstehenden Nullrunde bei den Renten hört und weiß, was das für ihn heißt: Er bekommt jetzt auch nicht mehr Geld, auch wenn die Regelsätze seit mehreren Jahren nicht bedarfsgerecht sind
- oder die Frau, die trotz aller Anstrengung für ihr Kind keinen Krippenplatz findet
- oder die türkische Mutter, die wenig zu sagen hat in ihrem familiären Kontext und dennoch Jahr für Jahr ein Kind bekommt, weil sie in diesem Kind einem Stück Zukunft und der Verheißung des Lebens begegnet.

Eine Gesellschaft, die Geldhaben als letzten Wert prämiert, aber keine gerechte Grundversorgung von Familien mit Kindern sicherstellen kann, bietet keinen Halt, hat mir vor einigen Tagen eine Taxifahrerin gesagt. Wie soll sie jugendlichen Drogenabhängigen eine Ausstiegsperspektive bieten, eine Perspektive zum Leben?

- Wie viel Liebe, wie viel Raum brauchen Kinder?
- Wie viel Respekt brauchen pflegebedürftige Menschen?
- Wie viel Freiheit sind wir bereit, Bewohnern und Ratsuchenden einzuräumen?
- Wie lassen sich unternehmerische Diakonie und damit die diakonische Pflicht zum Risiko und anwaltschaftliches Handeln zusammen halten?

## ■ Pflicht zum Risiko?

Wir haben deshalb Arbeitsformen und prinzipielle Ausrichtungen unserer Arbeit zu überprüfen und Strategien zu ändern.

### **Knappes Geld, Selbstbestimmung und Solidarität**

In allen gegenwärtigen Reformgesetzen, egal ob es sich um die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Gesundheitsreformgesetze oder die Pflegeversicherung handelt, ist eine zunehmende Betonung von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung wahrzunehmen. Damit wird nicht nur das Ende einer bevormundenden Betreuungskultur angezeigt, es wird auch das im europäischen Kontext gut vermittelbare Leitbild einer sozialen Bürgergesellschaft sichtbar, das zu einer grundlegenden Überprüfung von Versorgungsformen, Arbeitskonzeptionen aber auch Rechtspositionen nötigt, die Grundsätze und Rahmenbedingungen diakonischen Handelns beeinflussen. Sie betreffen nicht nur das Verhältnis von Wettbewerb und Sozialschutz, Geld- und Sachleistungen, sondern auch grundlegende Gestaltungsoptionen wie die Prinzipien des Bundessozialhilfegesetzes: Personalität, Gerechtigkeit, Subsidiarität und Solidarität.

Hilfe, die einem anderen Menschen gewährt wird, soll seine Selbsthilfekräfte, sein Vermögen zum Wählen und Entscheiden stärken und fördern. Insofern zielt schon das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) auf die Stärkung eigener Verantwortung. Es sind allerdings nicht nur humanistische Anliegen, die in der gegenwärtigen Situation zu einer Veränderung asymmetrischer Hilfeverhältnisse führen, sondern das an sich durchaus verständliche und rationale Interesse, Kosten zu sparen.

Dieser Ziel- und Interessenskonflikt verlangt auf den verschiedenen Ebenen eine sorgfältige Bearbeitung:

Wer im Wettbewerb erfolgreich sein will, muss sich inhaltlich und kommunikativ unterscheiden, unverwechselbar, einzigartig sein und die christliche Wertebindung ins Zentrum rücken, für die er steht. Dazu ist es aber nötig, den diakonischen Auftrag jeweils neu zu „buchstabieren“.

### **Der Abschied von falschen Alternativen ist angesagt**

Unsere Aufgabe ist es, die unproduktive Entgegensetzung von anwaltschaftlicher und unternehmerischer Diakonie zu vermeiden.

Beide diakonischen Ansätze haben ein und denselben diakonischen Auftrag. Sie treffen sich in der Wahrnehmung des Wunsches nach Befähigung und Freiheit von Menschen. Unser Ziel muss darin liegen, Menschen Möglichkeiten zur Realisierung ihres Wahlrechts zu eröffnen. Gemeinsam sind beiden Respekt und Anerkennung der Person und der Versuch, lebensfeindliche Risiken zu begrenzen. Für beide gelten Bedingungen des Marktes mit einer unterschiedlich ausgeprägten Souveränität der Hilfe Suchenden oder Patienten.

In diesem Kontext treffen deren Interessen auf die von Institutionen und tradierte Rollen: Hier muss ein Ausgleich gesucht werden und ein diakonischer Rahmen gestaltet und erhalten werden, der Teilhabe und Zugangsrechte gewährleistet.

Für die Diakonie stellt sich wegen ihres Auftrags die Armut- und Verteilungsfrage als Gerechtigkeitsproblem. Selbstbestimmung gelingt ohne Solidarität und Kenntnis der jeweiligen Armutslage nicht. Gerechtigkeit ermöglicht im biblischen Kontext Teilhabe. So wenig wie die unternehmerische Diakonie die Option für die Armen verneinen kann, ist es der anwaltschaftlichen Diakonie erlaubt, die sich der Hilfe verdankt, die herbeigerufen wird (Joh. 15), der institutionellen Diakonie diakonischen Geist abzusprechen, wenn sie der Perspektive der Befähigung folgt und versucht Vorteile und Nachteile des Lebens zu verteilen. In diesem Bemühen steht auch die unternehmerische Diakonie vor der Gerechtigkeitsfrage.

Wir können uns künftig keine falschen Alternativen leisten, wir brauchen innerdiakonische Solidarität. Deshalb müssen nicht nur die Grundorientierungen des Bundessozialhilfegesetzes wie Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gerechtigkeit von neuem gedacht werden, sondern auch zum Beispiel das Motto „stark für andere“. Es ist keine abgrenzende Kampfklausel. Es sichert, dass wir nicht eigennützig und egozentrisch handeln, es hält den Einspruch Gottes gegen ungerechtes Leben wach, es bewahrt den Respekt vor der Souveränität der Menschen. Es

## ■ Pflicht zum Risiko?

wird lebensfeindlich, wenn es entmündigt oder gegen unternehmerisches Handeln gestellt wird.

„Stark für andere“ kann unter den veränderten Bedingungen nur heißen: Wir machen andere stark, ihre Freiheit zu gebrauchen, ihre Rechte zu nutzen, ihre Kräfte gegen eigene und fremde Ausgrenzung einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

Stark für andere in diesem Sinn wird allerdings nur der Träger bleiben, der die Risiken der gegenwärtigen Lage annimmt. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ethische Orientierung bedingen einander. Für manche steckt in dieser Bedingung ein Dilemma, nämlich die Frage, wie wirtschaftlicher Erfolg und christliche Motivation im diakonischen Alltag zusammen gehen sollen. Wir befinden uns in einem Laboratorium.

### **Neue Arbeitskonzepte entwickeln**

Auf der Ebene des pädagogischen Konzepts muss geklärt werden, wie der Hilfebedarf des einzelnen Menschen, der als Bürger selbstverantwortlich auftritt, gemeinsam mit ihm entwickelt werden kann.

Auf der Ebene der ethischen Orientierung müssen die Konsequenzen gezogen werden daraus, dass dem Menschen als Ebenbild Gottes von Anbeginn seines Lebens eine unverlierbare Menschenwürde zukommt, die ihm Respekt und Subjektstellung auch dann garantieren, wenn er altersverwirrt ist.

Im diakonischen Miteinander stellt sich die Frage, wie starke und schwache Menschen miteinander leben können, wie solidaritätsstiftende Arrangements möglich sind, unter Beachtung der Bedingungen des zivilgesellschaftlichen oder eines kirchengemeindlichen Umfelds.

Weiter stehen die Fragen bezahlbarer Qualität, des Umfangs angemessener (notwendiger) Hilfen und belastbarer Rechtspositionen auf betriebswirtschaftlicher Ebene im Vordergrund. Die veränderte Sicht des Einzelnen verlangt von der jeweiligen Einrichtung den Einsatz für die Ausgestaltung eines persönlichen Budgets als Ausdruck der in der Subjektstellung erkennbaren Freiheit.

Diese Fragen lassen sich künftig nur integrativ bearbeiten. Es braucht daher entsprechende Strukturen sowohl auf der praktischen als auch auf der Verbands-ebene.

### **Neue Arbeitsstrukturen innerhalb der Diakonie**

Neue Herausforderungen verlangen neue diakonische Arbeitsstrukturen: eine neue Art der Kooperation und Kompetenzenabgrenzung zwischen den verschiedenen Ebenen, auch eine neue diakonische Infrastruktur, um den diakonischen Auftrag zu erfüllen. Wir nehmen diese Chance wahr. Es ist uns gelungen, gemeinsam mit der Unternehmensberatung Roland Berger, dem Diakonischen Rat und den gebildeten Projektsteuerungsgruppen für eine Neuausrichtung unserer Arbeit eine Struktur in der Form von Zentren zu entwickeln. Der Beratungsprozess hat nun wesentliche Ziele erreicht, die Umsetzungsphase hat begonnen, der Prozess ist irreversibel, der Zeitplan wird eingehalten.

Wir werden künftig in Berlin mit zwei sozialpolitischen Zentren arbeiten, die aus dem bisherigen Bereich Diakonische Dienste hervorgehen. Das erste Zentrum trägt den Titel „Gesundheit, Rehabilitation und Pflege“. In permanenter und flexibler Aufgabenwahrnehmung – eine Regelarbeitsform wird die Projektarbeit sein, die von einem Lenkungsausschuss gesteuert wird – soll die Kompetenz von Landesverbänden, den Fachverbänden und diakonischen Trägern und der Hauptgeschäftsstelle zusammenwirken, um die fachbezogene, betriebswirtschaftliche, sozialrechtliche und theologische Kapazität effektiver nutzen zu können und Doppelarbeit zu vermeiden. Dafür müssen Kapazitäten aus Betriebswirtschaft und Sozialrecht organisatorisch dem Zentrum zugeordnet werden. Die zentrumsüberschreitenden Aufgaben aus Betriebswirtschaft, Recht und Theologie werden momentan bearbeitet. Wir werden zeitnah den Prozess abschließen und die notwendigen organisatorischen Veränderungen umsetzen. Der Lenkungsausschuss für das Zentrum Gesundheit, Rehabilitation, Pflege tagt erstmals im November.

Daneben steht zukünftig ein weiteres Zentrum mit dem Arbeitstitel „Integrations- und gemeindeorientierte Arbeitsfelder“. In ihm werden Aufgabenfelder aus den Abteilungen „Frauen, Jugend und Familie“,

## ■ Pflicht zum Risiko?

„Migration“ sowie „Integration und Seelsorge“ zusammengeführt. Wir werden noch im Herbst dieses Jahres in Zusammenarbeit mit der Diakonischen Akademie Deutschland Trainingsmodule anbieten, um künftige Projektleitungen auf diese Aufgabe vorzubereiten. Nutzen Sie die Chance der Partizipation.

Im Blick auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der diakonischen Infrastruktur möchte ich allen danken, die sich an dem Prozess beteiligt haben und ein Ergebnis im Konsens vorlegen. Ein Ergebnis im Konsens mit Kontur.

Die Beseitigung erkannter Schwachstellen, der Abschluss der Satzungsreform und der Umsetzung der Strukturplanung im Jahr 2004 liegen als weitere Aufgaben vor uns. Pflicht zum Risiko und die Bereitschaft zur Veränderung sind angesagt.

Wir fordern nicht nur Veränderungen, sondern haben bei uns begonnen. Aber wir wissen auch, dass es bei den bisherigen Veränderungen nicht bleiben wird. Zusammenarbeit von Einrichtungen, Fusionen, neue Gesellschaftsformen, andere Hilfeleistungen werden um der Zukunftsfähigkeit der Diakonie willen prioritär bearbeitet werden müssen.

Die finanzielle Enge der öffentlichen Hände und der anderen Kostenträger, massive betriebswirtschaftliche Probleme bringen Kündigungen und Personalabbau auf die Tagesordnung. Paradox, weil der Gesundheits- und Pflegebereich einer der großen Wachstumsbereiche ist.

Paradox auch deshalb, weil wir zugleich mit einem Problem konfrontiert sein werden, eine ausreichende Zahl von Mitarbeitenden zu gewinnen. Schon jetzt deutet sich die Entwicklung an, die wir spätestens 2006 deutlich spüren werden, nämlich die des Wettkampfs um Auszubildende. Wir müssen ihn gewinnen. Lassen Sie uns alle erforderlichen Neustrukturierungen gemeinsam bestehen. Ich hoffe, dass von dieser Diakonischen Konferenz Impulse der Erneuerung ausgehen werden.

## Ausblick

Im Wilhelmshöher Schloss zu Kassel kann ein Gemälde von Johann Heinrich Schönfeld besichtigt

werden, einem süddeutschen Maler aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges: die Sintflut – ein Bild, das zeigt, wie die große Flut alles Lebendige verschlingt. Menschen und Tiere kämpfen einen aussichtslosen Kampf, ein Menetekel. Ich möchte, indem ich mich auf dieses Bild beziehe, nicht an die große Flut des letzten Sommers erinnern. Manchmal könnte man allerdings meinen, dass wir nicht nach, sondern vor der großen Flut leben.

Aufregend finde ich nicht die realistische Darstellung, das Untergehen von Mensch und Tier, den Kampf aller gegen alle, die kaum sichtbare, im grauen Wasser liegende Arche. Aufregend ist eine Szene im Vordergrund: Auf einem Floß sitzt eine nahezu teilnahmslose Gestalt – ein älterer Mensch, der von einem jungen Mann ans rettende Ufer gebracht wird: eine diakonische Insel im Chaos. Wer das Bild näher anschaut, entdeckt gleich mehrere davon: ein Segel, das wie ein Vordach Schutz und Obdach gewährt, eine Hand, die sich Entkräfteten entgegenstreckt, zum Gebet gefaltete Hände.

Was ist das nun: individuelle Nächstenliebe, die sich selbst in extremer Lage noch regt, Solidarität in einer Krise oder der Ausdruck einer Gegenwelt der Geretteten in der Erwartung und Hoffnung des Regenbogens, dem Zeichen der Treue Gottes: geschenktes Leben, gestaltete Solidarität, erfahrbare Gerechtigkeit diakonische Praxis angesichts nicht beherrschbarer Risiken. Es mag an allem Mangel herrschen. An Erbarmen fehlt es nicht, aber wie?

„Auf dem Römerplatz bewegte sich unlängst ein in den Gelenken scheußlich verdrehtes Geschöpf spinnengleich auf Händen und Füßen auf die Passanten zu, ein andermal sah man in der Liebfrauenstraße einen fremdländischen Menschen knien, der den Kopf in unerträglicher Demuthaltung auf das Pflaster stützte. Diese Art von Selbsterniedrigung läuft unserem abendländischen Menschenbild zuwider, das auch dem Elendsten eine Würde als bloßer Mensch zuerkennen möchte. Lieber geben wir in Little Big City einem Bettler, der etwas leistet...“ schreibt Burkhard Brunn in der Frankfurter Rundschau im September 2003. Diakonisch leben unter dem Regenbogen mit diesen Bedingungen kann doch nur heißen: Wir machen andere stark und fassen die vor uns liegenden Risiken an im Vertrauen „auf die neuen Wege, auf die der Herr uns weist.“ (EG 395)



